

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, am 9. November 2018

Geschäftszahl (GZ): BMDW-10.101/0238-IM/a/2018

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2012/J betreffend "Bilanz der EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Wirtschaft bzw. Wettbewerbsfähigkeit", welche die Abgeordneten Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen am 17. Oktober 2018 an mich richteten, stelle ich einleitend fest:

Dem österreichischen Ratsvorsitz unter dem Motto "Ein Europa, das schützt" liegt ein detailliertes nationales Programm zugrunde, das drei Hauptschwerpunkte definiert. In jedem dieser Schwerpunktbereiche konnten in den letzten Monaten wichtige Fortschritte erzielt werden. Österreich nützt die Chancen, die EU im Rahmen des Ratsvorsitzes positiv mitzugestalten und setzt dabei erfolgreich Schwerpunkte und Prioritäten auf die Tagesordnung der EU.

- Im Bereich Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration konnte bei dem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 20. September in Salzburg die Trendwende in der europäischen Migrationspolitik, insbesondere der verstärkte Fokus auf den Außengrenzschutz, die Stärkung von Frontex sowie die Intensivierung der Partnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe, bestätigt werden. Beim Europäischen Rat am 18. Oktober in Brüssel wurde diese Richtung erneut bekräftigt. Um einen konkreten Beitrag zu dem vorgeschlagenen neuen afrikanisch-europäischen Bündnis für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze zu leisten, veranstaltet der österreichische Ratsvorsitz ein hochrangiges Forum Afrika-Europa am 18. Dezember in Wien, zu dem sowohl Staats- und Regierungschefs der EU und afrikanischer Staaten, als auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft erwartet werden.

Im Bereich der Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung konnten in den letzten Monaten bereits zahlreiche Ergebnisse erzielt werden. Dazu zählen die substantielle Annäherung in der Diskussion um eine faire Besteuerung von digitalen Inhalten, die Unterzeichnung des Rechtsakts zum Zentralen Digitalen Zugangstor sowie mehrere wichtige Entscheidungen zu Reformen im Mehrwertsteuerbereich beim ECOFIN-Rat. Auch beim Klimaschutz konnten durch die gemeinsame ehrgeizige Position zur Weltklimakonferenz COP24 und die Einigung auf die 35%-Reduktion des CO₂-Ausstoßes für PKWs bis 2030 wichtige Meilensteine für die österreichische Ratspräsidentschaft erreicht werden.

Als dritten Schwerpunktbereich setzt Österreich auf die Stabilität in der Nachbarschaft und Heranführung des Westbalkans an die EU. Österreich agiert als Brückenbauer und unterstützt den Annäherungsprozess des Westbalkan auf Basis klarer Kriterien. In den letzten Monaten bereisten der Bundeskanzler, Bundesminister Blümel und Staatssekretärin Edtstadler die Länder des Westbalkan, um die Bemühungen zur Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen zu unterstützen. Die Westbalkanstaaten wurden intensiv in die Konferenzen und Tagungen unter dem österreichischen Ratsvorsitz eingebunden.

Insgesamt fanden unter dem österreichischen Ratsvorsitz bis zum Anfragestichtag bereits ein Europäischer Rat, ein informeller Gipfel (in Salzburg), 14 formelle Räte in Brüssel und Luxemburg, 13 informelle Ministertreffen, über 800 Sitzungen in Vorbereitungsgremien (Ausschuss Ständige Vertreter I und II, Ratsarbeitsgruppen) sowie rund 200 weitere Vorsitz-Veranstaltungen in Österreich statt. Des Weiteren wurden bislang 26 Rechtsakte mit dem Parlament unterzeichnet, der Rat nahm 15 Einigungen zu Rechtsakten / Verhandlungsergebnisse mit dem Europäischen Parlament an, mit dem Europäischen Parlament konnten die Trilog-Verhandlungen zu drei Dossiers erfolgreich beendet werden (zu weiteren drei Dossiers wurden vorläufige Einigungen erreicht), die Mitgliedstaaten konnten sich bei 17 Rechtsakten auf eine Ratsposition bzw. Verhandlungsposition mit dem Europäischen Parlament einigen und bislang wurden zwölf Empfehlungen bzw. Schlussfolgerungen des Rates angenommen. Darüber hinaus traf der Rat 270 Entscheidungen, welche die unterschiedlichsten Bereiche betreffen. Mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission wurden bereits über 50 Verhandlungen zur Rechtsakten, sogenannte Trilogie, geführt.

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

1. *Welche Maßnahmen wurden im Schwerpunktbereich "Vorfahrt für KMU" während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Mit welchem konkreten Ergebnis?*
 - a. *Bei welchen Neureglungen wurde die Anwendung des "Think Small First" Prinzips verwirklicht?*

KMU-Versammlung:

Die KMU-Versammlung von 19. - 21. November 2018 in Graz ist das bedeutendste Forum zur Fortentwicklung von KMU-gerechter Politik und Maßnahmen zur Unterstützung von KMU. Unter dem Motto "Connect. Share. Innovate." informieren sich insgesamt 650 hochrangige Interessensvertreterinnen und -vertreter, erfolgreiche Unternehmer und Unternehmerinnen sowie politische Entscheidungsträgerinnen und -träger über die Lage der KMU in den Mitgliedstaaten, vergeben Preise für die besten Initiativen zur Förderung von Unternehmerinnen und Unternehmern und gestalten so die Zukunft der KMU in Europa mit.

Jahreskonferenz des Enterprise Europe Netzwerk (EEN):

Ziel dieses Treffens von Expertinnen und Experten des EEN, Vertreterinnen und Vertretern europäischer Institutionen und internationaler Stakeholder mit insgesamt 800 Teilnehmenden von 23. - 25. Oktober 2018 in Wien war es, Kooperationen zu diskutieren, sich zu Best Practice auszutauschen und zu lernen, wie das Netzwerk Unternehmen noch besser in ihrer internationalen Entwicklung unterstützen kann. Das Netzwerk steht Unternehmen bei sämtlichen Fragen zu Internationalisierung, F&E, Innovation und der Suche nach internationalen Kooperationspartnerschaften zur Seite.

Reality Check:

Um für die österreichische Ratspräsidentschaft innovative Ansätze zur Weiterentwicklung des "SME-Action Programme" (SMEAP des KMU-Botschafter-Netzwerks) zu entwickeln, wurde ein kreativer Innovationsprozess unter Einbindung unüblicher Wissensgeber für die Themenbereiche "berufliche Bildung" und "Entrepreneurship Education" durchgeführt.

Im Mai 2018 wurden drei regionale Workshops zu einzelnen wesentlichen Fragen aus den genannten Themenbereichen veranstaltet. Die Ergebnisse dieses Prozesses wur-

den in einem Strategiepapier zusammengefasst, das auch Empfehlungen enthält. Diese Ergebnisse werden im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft 2018 in den europäischen Diskussionsprozess einfließen.

Binnenmarktprogramm:

Die österreichische Präsidentschaft setzt sich bei der Verhandlung des Binnenmarktprogramms dafür ein, die Unterstützungsmaßnahmen für KMU im Mehrjährigen Finanzrahmen nutzerorientiert und flexibel zu gestalten, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen KMU zu stärken. Der Bedeutung der KMU im Programm wird sowohl durch die Erwähnung im Artikel 1 als auch durch die budgetäre Ausstattung von € 1 Mrd., exklusive der Finanzinstrumente aus InvestEU, Rechnung getragen.

"Think Small First":

"Think Small First" war ein wesentlicher Grundsatz bei der Behandlung des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten in der Ratsarbeitsgruppe Binnenmarkt. Im Rahmen des Vorsitzes wurde von der österreichischen Präsidentschaft ein Vorschlag für eine KMU-Ausnahme von der Einrichtung von Mediationsverfahren unterbreitet, um kleine europäische Plattformen nicht zu belasten. Bei der Ausgestaltung der Vorteile für die gewerblichen Nutzer wurde besonders auf die KMU-Aspekte Wert gelegt. Die in der Verordnung enthaltenen Transparenzanforderungen sollen AGB verständlicher machen und dadurch die Anwendbarkeit gerade für KMU erleichtern. Eine verpflichtende Angabe von Gründen bei Kündigungen durch Plattformen kann gerade KMU, die im Vergleich zu großen gewerblichen Nutzern eine geringere Verhandlungsmacht genießen, die Möglichkeit geben, rasch zu reagieren.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

2. *Welche Maßnahmen wurden im Schwerpunktbereich "Industrie" während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Mit welchem konkreten Ergebnis?*
 - a. *Welche Initiativen wurden auf den Weg gebracht um auf Bedürfnisse der energieintensiven Industrie einzugehen?*
 - b. *Welche Initiativen haben den Ansatz eines "holistischen Ansatz der EU-Industriepolitik" gefördert?*

Das informelle Treffen der EU-Wettbewerbsfähigkeitsminister am 16. Juli 2018 in Wien wurde dem Thema "künstliche Intelligenz und Robotik" gewidmet. Darauf aufbauend hat die österreichische Präsidentschaft ein Papier mit konkreten Vorschlägen zu diesem Thema am Rat für Wettbewerbsfähigkeit vom 27. September 2018 als Input für die Europäische Kommission zur Diskussion vorgelegt.

Die Arbeiten unter österreichischem Vorsitz sollen der zukünftigen Kommission als Input dienen, damit Industriepolitik wieder mehr in den Fokus rückt. Die Neuausrichtung hat dabei Umwelt-, Klima- und Energiepolitik ebenso wie die praktischen Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen auf Wirtschaft und Unternehmen zu berücksichtigen, wie etwa regulatorische Kosten aus Energie- und Umweltauflagen. Dabei hat der Übergang zu nachhaltiger und kohlestoffarmer Industrie, die den energieintensiven Sektoren nicht die Existenzgrundlage entzieht, durch die Unterstützung verstärkter Innovations- und Modernisierungsaktivitäten zu erfolgen.

Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2024/J zu verweisen.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

3. *Welche Maßnahmen wurden im Schwerpunktbereich "Binnenmarkt stärken" während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Mit welchem konkreten Ergebnis?*

a. *Welche Initiativen wurden zur "Weiterentwicklung und Vertiefung des Binnenmarkts und der Abbau bürokratischer Hürden" gesetzt?*

Am 19. Dezember 2017 legte die Europäische Kommission im Rahmen des Warenpakets II einen Vorschlag zur Überarbeitung der bestehenden Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Waren mit dem Ziel vor, dass nicht oder nur teilweise harmonisierte Produkte wie Textilien oder Möbel, die in einem Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, in einem anderen Mitgliedstaat nicht behindert oder verboten werden, es sei denn es liegen berechnigte öffentliche Interessen vor, wie etwa der Schutz der Gesundheit oder Umwelt. Dadurch sollen Handelshemmnisse abgebaut und der Binnenmarkt weiter vertieft werden. Im Zuge des Ratsvorsitzes kommt

Österreich die Aufgabe zu, die Trilogverhandlungen zu führen. Ziel ist eine Einigung bis Jahresende 2018.

Der zweite Vorschlag des Warenpakets umfasst eine Verordnung zur Festlegung von Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte. Die harmonisierten EU-Produktvorschriften gelten für rund zwei Drittel der Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes in der EU und haben einen Wert von etwa 2.400 Mrd. Euro, erzeugt von rund fünf Mio. Unternehmen. Die EU-Vorschriften ermöglichen den freien Verkehr von Produkten in der gesamten Union bei gleichzeitiger Gewährleistung des Schutzes der Umwelt, der Gesundheit und der Sicherheit auf hohem Niveau. Der Vorschlag sieht vor, dass eine "zuständige Person für Konformitätsinformation" eingeführt und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Behörden sowie die Koordinationsverpflichtungen der Marktüberwachungsbehörden verstärkt werden. Im Zuge des Ratsvorsitzes kommt Österreich die Aufgabe zu, eine Einigung im Rat herbeizuführen und gegebenenfalls Trilogverhandlungen zu beginnen.

Im Jänner 2017 hat die Europäische Kommission den Legislativvorschlag zu einem Notifizierungsverfahren für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen vorgelegt. Im Mai 2017 wurde unter maltesischem Vorsitz die allgemeine Ausrichtung erreicht, und das Europäische Parlament hat im Dezember 2017 seinen diesbezüglichen Bericht angenommen. Es folgten intensive Verhandlungen unter bulgarischem und österreichischem Vorsitz im Rahmen politischer Trilogie, technischer Treffen und Ratsarbeitsgruppen. Strittig sind derzeit hauptsächlich folgende zwei Punkte:

- ein mögliches verbindliches Beschlussrecht der Europäischen Kommission, welches europarechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken auslöst, und
- die Gestaltung einer Ausnahme für Flächenwidmungs- und Bebauungspläne auf lokaler Ebene von der Notifizierungspflicht im Interesse der Mitgliedstaaten.

Vom österreichischen Ratsvorsitz wurde am 26. Oktober 2018 ein neuer Kompromissvorschlag betreffend ein verbindliches Beschlussrecht der Europäischen Kommission vorgelegt, welcher für den COREPER noch verbessert wurde. Bei diesem Vorschlag handelt es sich jedoch um keine Priorität des österreichischen Vorsitzes. Vorrangig müssen europa- und verfassungsrechtliche Bedenken der Mitgliedstaaten ausgeräumt werden.

Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2024/J zu verweisen.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

4. *Welche Maßnahmen wurden im Schwerpunktbereich "Handel" während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Mit welchem konkreten Ergebnis?*
- a. *Welche Abkommen wurden in Österreichs EU-Ratspräsidentschaft vorangetrieben?*
- b. *Wie wurde der Ansatz zur Schaffung fairer Regeln für den internationalen Handel verfolgt bzw. wie wurde dazu beigetragen diesen Ansatz in Freihandels- und Investitionsabkommen miteinfließen zu lassen?*

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft konnte das EU-Japan Wirtschaftspartnerschaftsabkommen beim EU-Japan Gipfel am 17. Juli 2018 in Tokio unterzeichnet werden. Weiters wurden das EU-Singapur Freihandelsabkommen und das EU-Singapur Investitionsschutzabkommen durch den Rat am 15. Oktober 2018 angenommen. Die Unterzeichnung der Abkommen erfolgte am 19. Oktober 2018 im Zuge des 12th Asia-Europe Meeting (ASEM) Summit.

Am 17. Oktober 2018 hat die Europäische Kommission das EU-Vietnam Freihandelsabkommen und das EU-Vietnam Investitionsschutzabkommen (in der englischsprachigen Fassung) angenommen und Vorschläge für Beschlüsse über die Unterzeichnung / den Abschluss der Abkommen zirkuliert.

Zuletzt standen insbesondere die Verhandlungen mit Chile, Indonesien, Australien, Neuseeland, Tunesien und dem Mercosur im Fokus der EU-internen Beratungen.

In allen Handelsverhandlungen der Europäischen Kommission ist es vorrangiges Ziel, faire Regeln für den internationalen Handel zu erreichen. Handelsabkommen dienen dem Abbau von Zöllen und der Beseitigung von ungerechtfertigten technischen Hürden im Handel. Handelsabkommen mit Drittländern sind ein wichtiges Instrument der gemeinsamen EU-Handelspolitik.

Der Ansatz der EU für Investitionsabkommen mit modernen Schutzbestimmungen und einem öffentlichen Gerichtssystem für Investitionsstreitigkeiten verfolgt ebenfalls das Ziel fairer Handelsregeln, wird in sämtlichen Verhandlungen vertreten und wurde in den finalisierten Abkommen mit Kanada und Singapur sowie im fertig verhandelten Text mit Vietnam realisiert.

Antwort zu den Punkten 5 bis 9 der Anfrage:

5. *Wie hoch waren die gesamten zusätzlichen finanziellen Aufwendungen im BMDW aus Anlass der österreichischen Ratspräsidentschaft?*
6. *Wie hoch waren die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für Maßnahmen, die im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft im Wirkungsbereich des BMDW umgesetzt wurden? Bitte um Auflistung nach Maßnahme.*
7. *Wie hoch waren die finanziellen Aufwendungen für Veranstaltungen, Konferenzen, internationale Treffen, etc. im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft im Bereich Wirtschaftsstandort? Bitte um Auflistung nach Veranstaltungstitel, Datum, Teilnehmerzahl und Kosten.*
8. *Wurde angesichts der EU-Ratspräsidentschaft zusätzliches Personal im BMDW eingestellt?*
 - a. *Wenn ja, bitte um Angabe in VZÄ.*
 - b. *Wenn ja, wie hoch waren die dadurch entstandenen Kosten?*
9. *Wurde auf externes Personal zurückgegriffen, dessen Kosten sich zB. im Sachaufwand der jeweiligen Veranstaltungen befinden?*

Die im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort kalkulierten Kosten für die EU-Ratspräsidentschaft belaufen sich insgesamt auf rund € 3,572 Mio., davon rund € 3,152 Mio. Sachaufwände.

Die finanziellen Aufwendungen für Maßnahmen und Veranstaltungen im Rahmen der EU-Präsidentschaft können nicht angegeben werden, da zahlreiche Veranstaltungen noch nicht abgerechnet wurden bzw. zum Teil noch gar nicht stattgefunden haben.

Um dem erhöhten Personalbedarf Rechnung zu tragen, der sich aus der Vorbereitung, Durchführung und Aufarbeitung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018

ergibt, ist in den Bundesfinanzrahmengesetz 2018 bis 2021 bzw. 2019 bis 2022 unter den Grundzügen des Personalplanes vorgesehen, in der Zeit vom 1. Juli 2017 bis zum 28. Februar 2019 befristet für diesen Zeitraum Vertragsbedienstete mit Sondervertrag gemäß § 36 Abs. 2 VBG aufzunehmen.

Von der Aufnahme dieser zusätzlichen Vertragsbediensteten auf sondervertraglicher Basis zur Unterstützung der EU-Ratspräsidentschaft 2018 wurde Gebrauch gemacht. Insgesamt werden 18 Vertragsbedienstete, sogenannte EU-Poolisten, befristet bis längstens 28. Februar 2019 beschäftigt. Darüber hinaus wurden für die EU-Ratspräsidentschaft 2018 weder zusätzliche Planstellen geschaffen, noch zusätzliches Personal aufgenommen.

Die Personalkosten für die auf Basis von Sonderverträgen befristet aufgenommenen EU-Poolisten betrugen im Monat Oktober 2018 insgesamt € 72.759,78.

Dr. Margarete Schramböck

